

# Wie wir die Arbeiterrechte in einem Privatbetrieb durchsetzen

Wie groß die Bedeutung des Weltfriedenslagers bereits geworden ist und welchen Einfluß es auf die Produktion in Deutschland nimmt, zeigt das Beispiel des Privatbetriebes Oskar Schlegelmilch, Porzellanfabrik in Langewiesen, Kreis Ilmenau, mit 260 Beschäftigten.

Von unserer gesamten Produktion gehen rund 80 Prozent in den Export, davon wiederum 80 Prozent in die Länder der Volksdemokratien und 20 Prozent in kapitalistische Länder.

Das stolze Gefühl unserer älteren Facharbeiter, die hier langjährig ansässig sind, auch den Menschen in der Sowjetunion Qualitätsware zu liefern, erfaßt sie bereits seit einigen Jahren. Um so bedrückender war in der Vergangenheit ihre Meinung, daß sie trotz ihres Fleißes, den sie täglich zeigten, gegenüber ihren Kollegen in den volkseigenen Betrieben im Hintertreffen waren. Wie oft mußte ich diesen Vorwurf hinnehmen, wie oft haben wir aber auch diesen Vorwurf weitergegeben.

Genossen, das war einmal! Ich kann den Genossen aus dem Privatbetrieb, der hier sprach, nicht verstehen, daß er heute noch eine solche negative Meinung auf einer Bezirkskonferenz zum Ausdruck bringt.

Hat sich dieser Genosse überhaupt schon einmal mit den Gesetzen des neuen Kurses beschäftigt? Ist ihm bekannt, daß eine Verordnung vom 10. Dezember 1953 besteht? Ist er nicht der Meinung, daß die günstigen Bedingungen für die Arbeiter für die Erhaltung der Gesundheit, die bessere Versorgung, die sanitären Einrichtungen, die Einführung der Diätkost und letzten Endes auch die Einführung der Arbeiterkontrolle auch uns in den Privatbetrieben betreffen?

Was sagte Walter Ulbricht zur Erläuterung dieses Gesetzes? „Der Ministerrat unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften auf die Erhöhung der Löhne in den privaten und Handwerksbetrieben.“

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Arbeitern in der privaten Industrie sagen: Wir sind der Meinung, daß die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik eine einheitliche Arbeiterklasse ist. Aus diesem Grunde wünschten wir, daß die staatlichen Organe und die Gewerkschaften helfen, daß die Arbeiter der Privatindustrie die gleichen kulturellen Vorteile erhalten wie die Arbeiter in der volkseigenen Industrie.

Hat die Partei der Arbeiterklasse diesen Ruf gehört? Ich denke, ja!

Wie stolz war ich, als diese Verordnung veröffentlicht wurde! In einer öffentlichen Partei Versammlung habe ich sie unseren Werktätigen erläutert. Hinzu kommt, daß

bereits seit August 1953 das Gesetz besteht, 2,5 Prozent der Lohnsumme für soziale Zwecke der Belegschaft zurückzustellen.

Genossen in der Privatindustrie, macht es wie wir. Stellt die Forderung an die Betriebsleitung, daß diese 2,5 Prozent sofort, und zwar gleich am Montag, wenn ihr in eure Betriebe zurückkehrt, auf ein Sonderkonto abzuliefern sind. Darüber verfügt nur die BGL und mit ihr die Belegschaft.

So tun wir es auch, Genossen. Das sind bei uns praktisch 18 000 DM. Wir diskutieren heute im Jahr der großen Initiative zum erstenmal, wo wir ein Kinderferienlager für unsere Kinder errichten.

Wenn nun euer Besitzer schreit: „Ihr fordert nur“, dann sagt ihm, daß die Arbeiter- und Bauernmacht ihm die große Sorge abgenommen hat, an der er jahrelang gekrebst hat, die Sorge um den Absatz. Erinnert ihn dabei an die westdeutschen Unternehmer, die glücklich wären, wenn sie einen solchen gesicherten Absatz für ihre Waren finden würden. Sagt ihm aber auch, daß ein Gesetz vom 17. Dezember 1953 besteht, das auch für ihn geschaffen wurde. Hier wird ihm z. B. in der Frage der Abschreibungen eine Möglichkeit geschaffen, daß er Generalreparaturen ausführen kann. Das bedeutet in unserem Betrieb 20 000 DM. Während wir unseren Kollegen 18 000 DM zur Verfügung stellen, kann er also selbst 20 000 DM für Generalreparaturen verwenden. Kommt hier nicht der neue Kurs in der praktischen Seite zum Ausdruck?

Während die Abführung von 2,5 Prozent auf das Sonderkonto der BGL eigentlich längst in jedem Privatbetrieb geklärt sein müßte, steht vor uns eine andere Frage, und zwar die des Abschlusses der Betriebsvereinbarung. Hier beginnt ein Kampf. Wir sehen nicht ein, daß nur die in der Betriebsvereinbarung genannten 2,5 Prozent für sanitäre Verbesserungen, Einrichtung von Belegschaftsräumen usw. verwandt werden.

Wir weisen unseren Besitzer darauf hin, daß er außerdem noch einen Reingewinn zur Verfügung hat. Und natürlich werden die Privatunternehmer sagen: „Kein Geld! Das Finanzamt schluckt alles.“ Genossen, nichts ist einfacher, als das Finanzamt selbst aufzusuchen, wie wir es auch tun. Dort sind Genossen, die euch einen Einblick in die finanzielle Lage des Betriebes geben. Und dann gibt es außerdem noch Genossen in den volkseigenen Betrieben, die heute Hauptbuchhalter sind und euch leicht eine Aufklärung verschaffen, so wie wir sie uns auch verschaffen. Außerdem haben wir unsere Gewerkschaft, und letzten Endes habt ihr eure Kreisleitung der Partei. Haltet euch eng an die Kreisleitung! Ich kann von uns feststellen, daß wir immer, wenn wir sie brauchten, eine große Bereitschaft zur Hilfe, insbesondere bei der Abteilung Wirtschaft, vorfanden. Solche große Unterstützung muß euch eure Rechte gewährleisten!